

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Voraus, bei Abholung durch die Post 2 RM. 50 Pf. (Postgebühr).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff, im April 1930

Abonnementpreis: Die 6 wöchentlichen Nummern 20 RM., die 6 wöchentlichen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3 wöchentlichen Reklameteile im zeitlichen Teile 1 Reichsmark. Nachbestellungsgeld 20 Reichsmark. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit fernsprecherisch. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Anzeigenpreis: Die 6 wöchentlichen Nummern 20 RM., die 6 wöchentlichen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3 wöchentlichen Reklameteile im zeitlichen Teile 1 Reichsmark. Nachbestellungsgeld 20 Reichsmark. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit fernsprecherisch. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 87 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Volkszeit: Dresden 2640      Sonnabend, den 12. April 1930

## Romantisches und Unromantisches.

**Waldverdienet. — Gewissenlose Geschäfte. — Millionenprovisionen. — Der Budget des Steuerzahlers.**

„O nein, die Welt ist gar nicht so nüchtern, so unromantisch, so „neue Sachlichkeit“, wie so mancher sagt. Es gibt schon genug Vorkommnisse, die einer gewissen, wenn meist auch lebensgefährlichen, Romantik nicht entbehren — und dabei steht von alters her der Schmutz obenan. Von diesem romantischen „Artitel“ kann man ja in Amerika genug beziehen und die Neue Welt hat nicht bloß mehr in ihrem mittleren oder südlichen Teil die romantischen Reize, die sich dort in das beliebte Gewand von Revolutionen, Aufständen und den hierfür notwendigen Waffenbeschaffungen hüllen. Waffen — das sind dort wie anderswo ein eifrig geachteter Artikel, von dem ja auch der Weltkrieg Vorräte zurückließ und der nun in anderen Gegenden „passende“ Verwendung findet. Allerdings ist diese Romantik von heute etwas distanzierter dadurch, daß sie sich auf einem finanziell überaus unromantischen Hintergrund abspielt. Siehe die Fahrt der „Falle“, jenes deutschen Schiffes, das nebst einem General und Präzidenten noch einen stattlichen Stapel von — polnischen Waffen nach Venezuela brachte. Diese Waffen waren natürlich deutschen Ursprungs, aus zurückgelassenen Heeresbeständen von den Polen erbeutet. Wie eine Korsarenfahrt aus den Zehnfüßerbüchern lesen sich die Schilderungen, die hierüber jetzt vor dem Hamburger Gericht entrollt werden. Juristisch gesehen, soll festgestellt werden, ob „Menschenraub“ vorliegt; denn angeblich soll die deutsche Mannschaft sehr gegen ihren Willen in diese ganze venezolanische Revolutionsaffäre hineingezogen worden sein, die übrigens für den deutschen Heer und den deutschen Kapitän auch sicherlich wohl eine zwar riskante, aber im Falle des Gelingens auch sehr einbringliche Sache war. Bei der Schiffsbefahrung mag wohl ein dunkles Gemisch von Abenteuerlust und — der Reiz guter Bezahlung obgewaltet haben. Allerdings wurde sie in beiden arg enttäuscht. Der Schiffsarzt ist schon sehr reich an aana unromantischen Sensationen. Amerikanische „smartness“, also hemmungsloses, sagen wir ruhig: gewissenloses Geschäftemachen ohne übermäßige Angst vor gerichtlicher Sühne — aber natürlich, wenn irgend möglich, doch in recht weit zu dehnenen Schranken des Gesetzes — haben wir ja in Deutschland zur Genüge gelernt. Allerdings gibt es auch bei uns noch genug Objekte, an denen sich diese „smartness“ allzu leicht betätigen läßt. Man braucht ja nur an das berühmte Kapitel der Berliner städtischen Güterläufe zu denken, deren Aufrollung im Untersuchungsausschuß jetzt der Berliner Steuerzahler mit etwa anderthalb nassem Augen und einem halben lachenden Lächeln. Ein bekannter Wortwitz sagt ja: „Alles ist käuflich und verkäuflich, — es fragt sich nur, was man dafür anwenden kann!“ Die „smarten Jungen“, die sich in die Güterlaufverhandlungen hineinmischten oder — hineingeschoben wurden, brauchen aber von sich aus gar nichts anzuwenden, sondern die zur Verwertung des Kaufes für Berlin notwendigen Mittel erhielten sie ja von der Stadt selbst gepumpt. Hauptsache war: die Millionenprovisionen, die in die mannigfachen Taschen flossen. Und heute, nach den Erfahrungen dieser Untersuchung, mutet es wie ein Biß an, daß vor ihrem Beginn Berliner Stadträte mit ernsten Miene erklärten, das Zwischenschleichen von Grundstücksbältern — lies: Agenten — sei notwendig gewesen, weil der Stadt bei direktem Verhandeln mit den Verkäufern viel höhere Preise abgefordert worden wären. Die Untersuchung hat gerade das Gegenteil erwiesen und die „smartness“ der Zwischenhändler brachte ihnen Millionenverdienet. Ihnen — und andern. „Alles verkäuflich“ — so daß sich eine dieser Hyänen des Grundstücksmarktes noch den blutigen Hohn leistete, im Untersuchungsausschuß zu erklären, er würde auch die Berliner Siegesfäule oder den Mond verkaufen; denn an „Lieferung“ hat er ja kein Interesse, nur an der sofort zu zahlenden Provision. Immerhin ist's noch ganz nett von ihnen, daß sie nicht alle vor der Untersuchung dieser läblichen Dinge die friedlich schützenden Gesilde des Auslandes aufgesucht haben.

Es ist natürlich alles so zugegangen, daß der Strafrichter kaum etwas machen kann, wenn man nicht zu guter Letzt noch etwas unvorsichtig mit eiblichen Aussagen operiert. Und die Haftung der Verantwortlichen — nun, das ist ein Kapitel für sich, über das alles ausgetragen wird, so seine besonderen, stark rebellischen Gedanken hat. Er muß ja besagten Budget immer und überall hinhalten, ohne daß er viel nach seiner Meinung gefragt wird. Er ist an „Kummer und Sorge gewöhnt“. Nun wird ihm ja von neuem „allerhand“ auf die schmerzenden Schultern gelegt, nur streiten sich die „Leut' herum“, im Reichstag nämlich, wie die neue Last entlastet wird. „Wie sag' ich's meinem Wähler?“ — ist ja trotzdem die über allem schwebende Frage. Denn eines Tages kann der unromantische Wähler eine ganz einseitige Antwort geben. Denn auch bei ihm „regiert das Geld die Stunde“, und zwar besonders dann, wenn es ihm der Fiskus abnimmt. Und diese Realität zerstört auch das letzte romantische Gefühl.

Dr. Pr.

## Der Endkampf um die neuen Steuern

### Reichsbankpräsident Dr. Luther greift ein

#### Einzelberatung der Deckungsvorlagen

##### Bayern für die Biersteuer.

Berlin, 11. April.

„Was soll sich gestalten, was will werden?“, fragt im hohen Reichstagsgebäude am Berliner Platz der Republik ein ob vollständigem Kartellrecht recht bekümmertes Gesicht das andere, das etwas hoffnungsvollere Miene aufweist. Hinter den geheimnisgeschwängerten Zügen bergen sich in Wirklichkeit nicht viel mehr als einige Gerüchte, für deren Entstehen die gespannte Situation so günstig wirkt wie warmer Frühlingregen auf den zur Entfaltung bereiten Johannisbeerenspross.

Die Regierung bleibt bei der Versicherung ihrer Entschlossenheit, im Falle des Versagens des Reichstages die Finanzreform auf anderen, nach der Verfassung zulässigen Wegen durchzuführen. Auch die Landwirtschaftsorgane sollen beschworen werden, aber zunächst her mit den Steuerbefreiungen, die das fehlende Geld veranlassen sollen, in die hungrigen Reichskassen zu marschieren. Sind die Parteien gleicher Meinung? Die Opposition aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten verwerfen die Regierungspläne in Grund und Boden. Doch auch die Stützen des Kabinetts Brünning stehen nicht fest. Zwar gibt die bisher körrische Bayerische Volkspartei ihre Unterschrift unter ein neuerfundenes Kompromiß bezüglich der Biersteuer. In dessen die Deutschnationalen bleiben reserviert und meinen, entweder die Agrarvorläge nach des Reichsernährungsministers Schiele Anträgen sofort mit finanziellen Aufbesserungen — oder — Schwere Geschäfte, die in der Regierungskoalition nicht ganz fest beieinander stehenden Ansichten unter einen Hut zu bringen. Vorläufig unterhalten sich die Abgeordneten mit längerem und kürzerem Reden über die Einzelheiten der Steuerentwürfe. Fertig soll alles werden an diesem Freitag gemäß dem Willen des Kanzlers. Dagegen von Verlagsanträgen, Anweisungen der Verfassungsmäßigkeit angeht, der manchmal recht leeren Bänke, Hinweise auf verfassungsmäßige Bedenken bezogen den Entschluß der Kabinettsgegner, Dornen zwischen den sprossenden Haser zu säen. Mit den Verträgen wird es nichts, ebensowenig mit der Verfassungsmäßigkeit, denn beim Stodenzünden strömen die Völler mit roten Köpfen eilig aus ihren Fraktionszimmern in den Saal und das Parlieren kann weitergehen, wenn auch fünf Minuten später der jeweilige Redner wieder zur gährenden Leere spricht.

Ein Volkstretter, der im Restaurant für des Leibes Notdurft seinen bescheidenen Labklaus ist, meint, das sei ein treffliches Gericht, an der Waiertant beliebt und geschätzt. Es habe nur die eine Eigenschaft an sich, denjenigen Seebefahrer, der noch nie seefrank gewesen sei, unmittelbar nach dem Genuss mit der gefährlichen Krankheit bekannt zu machen. Am Lande und im Reichstage sei das nicht zu fürchten. Man könne hier Seefrankheit auch nicht gebrauchen und es werde schon befriedigend enden. Ob und wann dieses befriedigende Ende kommen wird, das wird sich nun erst in den nächsten Tagen zeigen. Man wolle bestimmt am Freitag die zweite Lesung der Steuerentwürfe mit den Abstimmungen beenden. Man überlegte es sich aber plötzlich wieder anders, da der Ältestenrat beschlossen hatte, daß nach der Vollziehung des Reichstages noch den Ausschüssen Gelegenheit gegeben werden sollte, das an sie überwiesene Material einer Beratung zu unterziehen. Soweit diese Beratungen nicht fertig werden sollten, sollen sie am Sonnabend vormittag weiter gefordert werden, so daß dann am Sonnabend nachmittag, an dem die Abgeordneten gewöhnlich zu Frau und Kind reisen, die zweite Lesung der Deckungsvorlagen endlich beendet werden kann. Für die dritte Lesung muß dann noch die erste Hälfte der Kartwoche in Anspruch genommen werden. Das Ende ist also in Sicht.

Trotz der gegen Teile des Finanzprogramms bestehenden Bedenken sind wir entschlossen, den Vorlagen mit den von uns eingebrachten Anträgen unter Ablehnung aller anderen Anträge zuzustimmen, da es unbedingt erforderlich ist, die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden aus ihrer schwereren Not zu befreien. Die Ordnung der Finanzen des Reiches ist zugleich die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die wiederum Voraussetzung ist für die Behebung der sozialen Notstände.

Mit unserer Zustimmung geben wir dem festen Willen Ausdruck, eine gründliche Finanzreform und Steuerentlastung mit aller Beschleunigung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, auf die Konsequenzen einer Ablehnung des Finanzprogramms hinzuwirken.

Die Initiativanträge zur beschleunigten Verabschiedung des Agrarprogramms wurden unterzeichnet. Namens der Regierungsparteien habe ich zu erklären, daß sie sich bei einer Ablehnung des Finanzprogramms nicht mehr an die gegebenen Unterschriften gebunden fühlen und diese zurückziehen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache und es beginnt die Einzelberatung über die Steuerentwürfe. Dabei entwickelt sich eine heftige Debatte über die Art und die Zulässigkeit der geschäftlichen Behandlung. Abg. Torgler (Komm.) bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Methode, das Agrarprogramm als Änderungsantrag zu behandeln. Abg. Dr. Deffner will Ausschuhüberweisung der Agrarvorläge. Abg. Berndt (Dtn.) ist dagegen, Abg. von Lindner-Wilbau (Christlichnat.) dafür. Abg. Torgler (Komm.) beantragt Abweisung von der Tagesordnung; der Antrag wird von den Regierungsparteien und den Deutschnationalen abgelehnt. Verlagsanträge werden ebenfalls abgelehnt. Auf Vorschlag des Reichsbankpräsidenten Lohse soll das Gesetz über Benzin- und Benzolsteuern mit den Agrarvorlägen der Deutschnationalen an die letzte Stelle der heutigen Tagesordnung gestellt werden. — Bei der beginnenden Beratung der Novelle zur Tabak- und Zuckersteuer wurde sich der sozialistische Abgeordnete Bergholz gegen die Vorschläge der Regierungsparteien, die im Interesse des Anzuges der Großfabrikanten dem armen Mann den Tabak vorzuziehen wollen.

### Die Biersteuer.

Abg. Buchta (Soz.) begründet die ablehnende Haltung seiner Partei. Im Falle der Annahme beantragt er eine Bestimmung, wonach die Brauereien keinen Preiszuschlag über die Steuererhöhung hinaus machen dürfen. Mit dem jetzigen Finanzprogramm werde das Ziel der Befundung nicht erreicht.

Abg. Dr. Reubner (Komm.) spricht gegen die Biersteuer und erhebt Anklagen gegen die Sozialdemokratie.

Präsident Lohse teilt mit, daß inzwischen ein neuer Antrag über die Biersteuererhöhung eingegangen ist, der von allen Regierungsparteien, also auch von der Bayerischen Volkspartei, mit der inzwischen eine Einigung erzielt wurde, unterzeichnet ist.

Abg. Dr. Dery (Soz.) weist darauf hin, daß noch gestern die Regierung erklärt habe, sie halte an der fünfzigprozentigen Biersteuer unbedingt fest. Auch diese Forderung scheint man nun wieder fallen lassen zu haben. Der Redner wendet sich dann gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Warenhaussteuer. Die Wirtschaftspartei will mit dieser Sondersteuer die Konsumvereine erschaffen, die bisher der beste Regulator der Kleinhandelspreise waren. Dieser Kampf wird mit einer Schädigung des Kleinhandels enden. Die Umsatzsteuer und die geschäftliche Umsatzsteuer müssen zunächst dem Steuerauschuß zur Beratung überwiesen werden.

Abg. Willidens (Nat.-Soz.) sagt, seine Freunde würden der Landwirtschaft jede Hilfe gewähren, aber sie könnten nicht den Anträgen zustimmen, mit denen das Kabinetts Brünning geführt werden soll. Die Erleichterungen für die Landwirtschaft dürften nicht erlaubt werden mit Konzeptionen an die Erfüllungspolitik.

Abg. Schlud (Ztr.) nennt den Antrag der Regierungsparteien über die Umsatzsteuererhöhung und die Sondersteuer als für die breiten Massen unerträglich. Die Umsatzsteuer belaste am meisten die armen linderreichen Familien.

Der Abg. Schlud fährt fort: Während man jetzt die Genossenschaften der Landwirte mit Millionen bedenke, wolle man die Genossenschaften der Arbeiter erschaffen. Das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft verteuert wieder die Lebenshaltung der Arbeiter. Die Regierung darf dieser Sondersteuer nie zustimmen. (Hört, hört im Hause.) Minister Siegerwald, davon sind wir überzeugt, wird diese Steuern nicht mitmachen.

Die Umsatzsteueranträge werden dem Steuerauschuß überwiesen. Bei dieser Gelegenheit teilt Präsident Lohse mit, die Sitzung solle nachher unterbrochen werden, um eine Beratung des Ausschusses zu ermöglichen.

### Mineralwassersteuer.

Bei der nun beginnenden Beratung der Mineralwassersteuer hält der Abg. Söllmann (Soz.) eine längere Rede, die sämtliche Gegner des Alkoholmißbrauchs in allen Parteien anfordert, diese Steuer abzulehnen. Der kommunistische Abg. Wenke lehnt die Steuer gleichfalls ab.

Bei dem Gesetz über die Industrieaufbringungsumlage bringt namens seiner Fraktion der Abg. Meier-Baden (Soz.) den Antrag ein, die Industrieumlage in einen zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer umzuwandeln. Der Zuschlag soll erstmalig 1930 erhoben werden.

Nunmehr beginnt die zurückgestellte Beratung des Gesetzes über den Benzin- und Benzolsteuern in Verbindung mit den Anträgen über die Agrarreform.

### Sitzungsbericht.

159. Sitzung.      OB. Berlin, 11. April.

Die zweite Beratung der Deckungsvorlagen und der damit verbundenen Anträge wird fortgesetzt. Inzwischen sind die Agrarvorläge der Regierungsparteien als Änderungsantrag zum Benzin- und Benzolsteuergesetz eingegangen. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Abg. Dittmann (Soz.) darauf hin, daß ein Teil der eingebrachten Änderungsanträge nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. So sei es nicht möglich, zur Biersteuer vorlage einen Änderungsantrag einzubringen, der die Erhöhung der Umsatzsteuer vorschlägt, ebenso könne man zum Benzolsteuergesetz nicht Änderungen der Agrarsteuergesetze beantragen. Der Geschäftsausschuß werde in aller nächster Zeit eine grundsätzliche Prüfung dieser Frage vornehmen müssen.

Präsident Lohse stellt fest, daß der Ältestenrat sich darüber bereits unterhalten habe und der Geschäftsausschuß beauftragt sei, für die Zukunft Vorlesungen zu treffen, um einem ewil. Mißbrauch zu steuern. Für die gegenwärtige Beratung solle eine Änderung nicht eintreten.

### Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) gibt für die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung ab. Es heißt darin: